

Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich.

Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf.
ohne Botenlohn, für ganz Deutsch-
land und Oesterreich 9 Mt.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika: Kreuzband-En-
dung 20 Mt. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen:
für Frankreich bei Aug. Amann in
Straßburg i. E.,

für England bei Aug. Siegle in London,
30 Eine Street E. C., Comie & Co. in
London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Abonnements werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen:
Submissions-Anzeiger.
Hôtels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Richtungslisten
der Preussischen Klassen-Posten.
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Besanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarisch
Uebersichten.
Infections-Gebühr:
die vierspaltige Seite 40 Pf.,
Reclamethell 80 Pf., die ganze Seite
200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Neue Parteibildungen?

III.

Das allgemeine Wahlrecht birgt als größte Gefahr in sich, daß materielle Interessen jeder Art, also auch die unbestreitbar berechtigten, rücksichtslos majorisiert werden. Dieser Gefahr müssen Schranken gesetzt werden. Je wichtiger gewisse Interessen für die nationale Wirtschaft, desto geringer die Zahl derer, in denen sich diese Interessen verkörperten. Auf einen Großindustriellen kommen durchschnittlich, gering veranschlagt, 300, auf jeden Aemtermann eines Großindustriellen Betriebes mindestens 40-50 Wahlberechtigten, die an der Wahlurne mit gleichem Stimmrecht erscheinen können! Und wie die Dinge einmal liegen, ist es nur allzu wahrscheinlich, daß von jenen 300 wenigstens 250 sich einfinden, ein dem Großindustriellen gegenständliches wirtschaftliches Interesse durch den Stimmzettel vertreten zu lassen. Oben wir unser politisches Parteiwesen vollends in ein wirtschaftspolitisches auf, so hat der Vertreter des Großbetriebes die sichere Aussicht, nicht einen einzigen Abgeordneten in den Reichstag zu bringen. Er wird dann wirklich als der unterlegene Theil behandelt und — *voa victis!* — in jeder Weise von den vermeintlich gegensätzlichen Interessen majorisiert werden.

Auf diesem Wege ist also den Gefahren gewiß nicht bezu kommen, die im allgemeinen Wahlrecht sich bergen. Die „Handwerkerpartei“ hat dies an ihrem Leide erfahren. Die „Agrarpartei“ wird es erfahren müssen, wenn sie es beim Handelsvertrag mit Oesterreich aufs Weagen oder beim Frieden ankommen läßt. Die „Freihandelspartei“ kann todo die als warnendes Beispiel präsentirt werden: mit aller Begeisterung der Herren Barth, Broemel, Wambarger, Nicker, Richter und Genossen verheißt sie die vollendete Demokratie nicht, zu der sie auf den Väneln der Fortschrittlichen Linken verdammt ist. Und eine Partei der Großindustrie — sie möchte sich den schönsten Namen belegen, würde gar nicht soweit gelangen, eine ganze für ihre hochwichtigen, hoch berechtigten Interessen im Reichstag durch zu lassen.

Oder wir müßten unser Wahlrecht beschränken, unserem Parlament den Charakter einer Volks-Vertretung wieder anzugehen, und eine ständige und Berufsvertretung an dessen Stelle setzen. Zur Empfindung einer solchen Umwälzung sind ja ebenfalls Oceane von Druckerwägung und Papier verbraucht worden. Welcher praktische Mann möchte aber heute, im harten Ringen der realen Mächte, sich absetzen stellen und dem Unerreichbaren nachhängen?

Es giebt nur einen Weg, die berechtigten Interessen des materiellen Lebens in der Politik zur Geltung zu bringen, das ist eine überzeugende, rationelle Belehrung für die Herren Gesetzgeber und die aufstrebende Mitwirkung innerhalb der Wahlfähigkeit. Erstere setzt eine gesunde Organisation voraus, letztere eine feste Charakteristik jedes Einzelnen und besten Entschluß, inmitten der politischen Bewegung auszuhalten, ob sie auf- oder abwärts geht.

Die Organisation der erwähnten Art scheint es nicht zu fehlen, und eine erspriechliche Thätigkeit derselben haben wir bisher mit Genugthuung beobachtet. Der Centralverband Deutscher Industrieller, der Verband Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, der bergbauliche Verein in Rheinland-Westfalen, der sog. Verein mit dem langen Namen, der gleichgeartete Verein für Rheinland-Westfalen, der Verein Deutscher Zuckerfabrikanten und viele andere mehr, daneben die Handelskammern und jetzt die Berufsvereinigungen durchs ganze Reich. — wir sollten meinen, daß sie zur Wahrnehmung ihrer Berufs-Interessen nach der Mitgliedszahl und nach dem Umfang ihrer Thätigkeit sich kräftig genug fähigen, um eine andere geartete Interessenvertretung entbehren zu können.

Aus eigener Erfahrung dürfen wir aber auch bestätigen, daß ihre Thätigkeit eine außerordentlich wirksame und nützliche gewesen ist und noch ist. Ihre mandatarischen Deputirten und ihre regelmäßigen Vereinspublicationen bilden für die Regierung, für die Parlamente, für die Presse und die Öffentlichkeit überhaupt eine ausgezeichnete Quelle sachlicher Belehrung über das productive Leben, dessen Interessen und Bedürfnisse. Und wer diese Publicatio-

nen nicht nur vom Hörensagen kennt, wird uns auch weiterhin zugeben, daß sie immer aufs Neue den Verdacht entkräften, als wolle in diesen Interessen-Verbänden ein Sondergeist, eine Abgeschlossenheit gegen die Zeitverhältnisse oder ein Mangel an humanem Sinn oder Opferlust. Nirgends so wie in der Großindustrie überwiegt ein im besten Sinne des Wortes liberaler Grundzug und eine Erkenntnis der Pflichten des Besitzes gegen die Allgemeinheit und die minderbegüterten Klassen.

Mag es heute einen Augenblick scheinen, als führe die Großindustrie einen ausichtslosen Kampf gegen den Doktrinarismus und Dilettantismus; es kann nicht ausbleiben, daß in naher Stunde die geoffenerte Einsicht wieder zur Herrschaft gelangt. Eine Wahrung dieser Art wäre nur dann ausgeschlossen, wenn die „Kulturpartei“ als neue „Wirtschaftspartei“ gerade den Vorgesang zur Allgemeinheit aufzunehmen würde, den ihr die Socialdemokratie einerseits und einzelne, vielleicht gütmeinernde, aber selbst herathene Freunde andererseits jetzt aufdrängen möchten. Es giebt für berechtigte Interessen nur einen gefährlichen Standpunkt, das ist der Isolirungsstand, und nur einen siegreichen, das ist der Anschluß an das reale Leben.

Diese Erkenntnis war es wohl, die das unzeitbedeutige Desabue in bernischen Organen veranlaßte gegenüber einzelnen Stimmen der Presse, die mit auffallender Gesinnung für die neue „Wirtschaftspartei“ zu werden schienen. Sehen wir nun die ganz überwiegende Auffassung der industriellen Kreise dahin gehen, daß eine Absonderung von der politischen Bewegung nur ihr selbst zum Nachtheil gereichen könnte, so ist es doch auch begrifflich, daß sie in ihrem Urtheil über die vorhandenen politischen Parteien schwankend geworden war und in keiner derselben einen rechten Anhaltspunkt für eine erspriechliche gemeinsame Thätigkeit mehr zu erkennen vermochte. Es war vielleicht eine volkswissenschaftliche Nothwendigkeit, daß wir mit dem gegebenen Wahrecht bis an den äußersten Punkt der „Begrenzung“ jener Massen gerieten, die nun einmal die Mehrzahl der Stimmzettel in die Urne legen. Begünstigt wurde ja diese Entwicklung der Dinge durch ganz eigenartige Vorgänge. Schien es doch, als sei heutzutage der Uebergang von einer abgemessenen Socialreform zur „Revolution von oben“ in die allernächste Zukunft gerückt und manchen Ortes wollte man Wahrnehmungen machen, als ob sonst besonnter geleitete Elemente sich dieser Leistung entziehen möchten, um den „Anschluß“ nicht zu veräumen.

Dergleichen Schwankungen waren, wie gesagt, vielleicht eine nothwendige, — jedenfalls waren sie aber auch eine heilsam erlebende Wirkung des gegebenen Wahlrechts. Sie haben heute wohl jedem verständigen Politiker die Augen geöffnet und ihn belehrt, daß von aller unangebrachten „Begrenzung“ der Massen immer nur die Socialdemokratie den Vortheil hat, daß hingegen der Staat und die Volksgemeinschaft nur dann gedeihen, wenn zur humanen Gewinnung auch die „feite Hand“ nicht fehlt, die am Sonnabend nun auch der Reichsanzler ausdrücklich in sein Programm aufgenommen hat.

Damit ist denn wohl die Periode der „Schwankungen“ über ihren Höhepunkt hinaus und ist die sichere Grundlage wieder hergestellt, auf der das staatsverhaltende Verhalten in befommener Erwägung daran gehen kann, die erfüllten nationalpolitischen Programme allgemach den wirtschafts- und socialpolitischen Entwicklungen anzupassen. Die Kundgebung des nationalliberalen Centralverbandes ist ein bedeutender Anfang, so sehr, daß dem gegenüber die Beschränktheit, welche Veranlassung dazu geworden, vollständig in den Hintergrund treten wird. Und auf der Basis, welche die Partei hiermit für ihr ferneres Wirken gewonnen hat, ist auch wieder Raum für einen Anschluß jener hochstimmigen liberalen Elemente aus dem Stande der Industriellen, die in Wirklichkeit schon längst als praktische Socialpolitiker sich bewährten, ehe noch das Reich dieses Gebietes gesetzgebend beschritten hatte.

Mündenswerth bleibt es nur, und das sei zum Schluß freimüthig ausgesprochen, daß die Industrie thätig in der Lage ist, ihr Urtheil über das Maß dessen, was ihr an Bestimmung und an Bestand auf Reichthum auferlegt werden soll, lediglich nach Gelegentheiten zu bilden, und daß sie die untrügliche

Aussicht auf eine Zeit der Veruhigung gewinnt, in der sie sich auf die geschicklich geschaffenen Neuerungen einrichten vermag. Denn nicht die greifbarsten Dinge, die unter ihrer opferfreudigen Mitwirkung entstanden sind, haben den Zustand der Benurthung und den Gedanken an neue Parteibildungen entstehen lassen. —w—

Telegraphische Depeschen.

Mitona, 6. März. (G. T. C.) Die königliche Eisenbahndirection Mitona macht bekannt: Die Dampfschiffahrt auf der Schlei ist auf der ganzen Strecke von Rappin bis Schleswig eröffnet.
Braunschweig, 6. März. (G. T. C.) Das „Braunschweiger Tageblatt“ sagt zu der Nachricht eines Breslauer Blattes, daß der Hochprediger Stöcker Schloßprediger beim Prinzregenten Albrecht in Komenz werden solle, an dieser unrichtigster Stelle sei von einer solchen Absicht absolut nichts bekannt.

München, 6. März. (G. T. C.) Der frühere Hoopernhänger Rundermann ist gestorben.

Das Befinden des Malers Professor v. Lenbach, welcher an einer Blutvergiftung der rechten Hand nicht unbedenklich erkrankt war, hat sich wesentlich gebessert und giebt zu seiner Besorgnis mehr Anlaß.

Kopenhagen, 6. März. (G. T. C.) Zu der heutigen Sitzung des Folketings erklärte der Kultusminister von Scavenius, er werde sich dem Antrage betreffend die Bewilligung einer Gehaltsunterstützung für den Schriftsteller Georg Brandes nicht widerlegen, vorausgesetzt, daß beide Kammern darüber einstimmig seien; er finde es jedoch sonderbar, daß der Antrag nicht von Brandes selbst herübere, sondern ohne dessen Wissen und Willen eingebracht ist. Er erkenne zwar die Bedeutung Brandes in vielen Punkten an, sei jedoch für die Gefahren der Wirksamkeit derselben nicht blind.

Bukarest, 6. März. (G. T. C.) Die Kammer ist aufgelöst worden. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich in einem Monat erfolgen.

Sofia, 6. März. (G. T. C.) Der Agence bulgariane zufolge überreichte das Deutsche Generalconsulat, welches mit der Wahrnehmung der russischen Interessen betraut ist, der bulgarischen Regierung eine Note betreffend Reclamationen der russischen Regierung wegen zweier aus Bulgarien ausgewiesenen russischen Untertanen. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Antliche Nachrichten.

Der König hat dem Seutor ministeri und Pastor primarius Bornholt zu Hameln, beauftragt mit der Wahrnehmung der evangelischen Militairseorge daselbst dem Militär-Intendantur-Registrator a. D. Kanzlei-Rath Gommermann zu Kassel, zuletzt bei der Intendantur des XI. Armeecorps, und dem Seutor-Einnehmer Engel zu Montabaur im Unter-Westfalenkreise den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Oberst-Lieutenant a. D. Goltz zu Frankfurt a. M., zuletzt Commandeur des Landwehr-Bezirks daselbst, und dem Amtsgerichts-Rath Grundmann zu Bielefeld den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Zahlmeister a. D. Hoffmann zu Halle a. S., zuletzt bei dem 1. Bataillon des Brandenburgischen Füsilier-Regiments Nr. 26, und dem Director der Bielefelder Arbeiter-Versicherung für mechanische Weberlei Karl Hering zu Bielefeld den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Der Kaiser hat den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien erteilt, und zwar: des Ritterkreuzes zweiter Klasse mit Eichenlaub des Großherzoglich Badischen Ordens vom Zähringer Löwen; dem Polizeizulpector, Polizeirath Zahn zu Straßburg i. E.; des Komthurkreuzes des Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Greifen-Ordens; dem General-Major erster Klasse und General-Major der Marine Dr. Wenzel; des Ritterkreuzes der Marine Dr. Wenzel; des Ritterkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens; dem Marine-Consar Dr. Krauß, commandirt beim Charité-Krankenhaus; ferner: des Großherzoglich Sächsischen Weichsel-